

Jetzt sind gemeinsame Proteste notwendig:

Aktionstag am 1. Februar 2011

Wir wollen nun noch einmal durch gemeinsame Proteste versuchen, das BMFSFJ zum Verzicht auf Absatz 2 und 3 der „Demokratieerklärung“ zu bewegen. Denn wir wollen die Idee, dass nur eine lebendige Demokratie glaubwürdig für demokratische Werte eintreten kann, nicht aufgeben.

Nach intensiven Diskussionen unter vielen unterschiedlichen Trägern und Projekten aus Ost- und Westdeutschland sind wir davon überzeugt, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, gemeinsam sowohl gegenüber Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) als Herrin über die Programme, als auch an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) darauf zu dringen, dass diese Bespitzelungsaufforderungen aus den Zuwendungsbescheiden ersatzlos gestrichen werden.

- a) **Dafür rufen wir dazu auf, an einem Aktionstag am 1. Februar 2011 Protestfaxe, E-Mail-Erklärungen und Facebook-Einträge** an das Bundesfamilienministerium und das Bundeskanzleramt zu schicken. (Empfängeradressen und Vorlagen für ein Protestschreiben finden sich im Anhang). Diese Protestschreiben sollen gesammelt und öffentlich dokumentiert werden auf der Seite: <http://aktionstaggegenbekenntniszwang.blogspot.de/> Bitte mailen Sie daher jegliche Protestschreiben in cc / Kopie auch an: extreme_zeiten@gmx.de
- Auch auf facebook wird es die Möglichkeit geben, Protest sichtbar zu machen. Mehr Infos unter: <http://www.facebook.com/pages/Fur-Demokratie-Gegen-Misstrauen-und-Bekenntniszwang/159894630727308>
- b) Darüber hinaus ist es sinnvoll, wenn sich befreundete Träger in den einzelnen Bundesländern zusammenschließen und gemeinsam die jeweils zuständigen Landesministerien bitten, beim BMFSFJ gegen die Bespitzelungsklauseln in den Zuwendungsbescheiden zu protestieren und deren ersatzlose Rücknahme zu fordern sowie zivilgesellschaftliche Bündnispartner/innen und potenziell ebenfalls Betroffene wie Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften etc. zu informieren und um Teilnahme am Aktionstag sowie Protestbekundungen gegenüber den Landeskoordinierungsstellen und dem BMFSFJ zu bitten.

Bitte verbreiten Sie im Vorfeld des 1. Februar diese Informationen über Ihre E-Mail-Verteiler. Ihre Ideen zur Beteiligung am Aktionstag sowie Ihre Pressemitteilungen sind herzlich willkommen unter extreme_zeiten@gmx.de. Und dann am 1. Februar: Protestfaxe, E-Mails und Facebook-Einträge abschicken, Vorlagen anbei.

Berlin/Brandenburg, 27. Januar 2011

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., Kulturbüro Sachsen e.V, Opferperspektive Brandenburg e.V., Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V.

(Die Auftraggeber des Gutachtens von Prof. Dr. Ulrich Battis zur Verfassungskonformität der „Extremismuserklärung“

An:

Bundeskanzlerin Angela Merkel

Bundeskanzleramt

E-Mail: internetpost@bundeskanzlerin.de

Telefon: (030) 4000 – 0

Telefax: (030) 4000 – 2357

Facebook-Seite: <http://www.facebook.com/AngelaMerkel>

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel;

Die „Extremismuserklärung“, die das BMFSFJ derzeit allen Trägern im Rahmen des Programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und des Programms „Initiative Demokratie stärken“ abverlangt, stellt all diejenigen unter Generalverdacht, die sich täglich für praktizierte Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren.

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sind Misstrauen und Bespitzelungsaufforderungen gegenüber denjenigen, die demokratische Werte und Prinzipien vor Ort verteidigen demokratieschädigend und kontraproduktiv. Wir fordern Sie daher auf, die Absätze 2 und 3 der so genannten „Demokratieerklärung“ in den Zuwendungsbescheiden ersatzlos zu streichen.

Mit freundlichen Grüßen,

Name, Institution

Ort, Datum

An:

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder

Ministerbüro

E-Mail: mb@bmfsfj.bund.de

presse@bmfsfj.bund.de

Telefon: (030) 206 55 – 1000

Telefax: (030) 206 55 – 4100

Facebook-Seite: <http://www.facebook.com/dr.kristina.schroeder>

Sehr geehrte Frau Bundesfamilienministerin Schröder;

Die „Extremismuserklärung“, die das BMFSFJ derzeit allen Trägern im Rahmen des Programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und des Programms „Initiative Demokratie stärken“ abverlangt, stellt all diejenigen unter Generalverdacht, die sich täglich für praktizierte Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren.

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sind Misstrauen und Bespitzelungsaufforderungen gegenüber denjenigen, die demokratische Werte und Prinzipien vor Ort verteidigen demokratischeschädigend und kontraproduktiv. Wir fordern Sie daher auf, die Absätze 2 und 3 der so genannten „Demokratieerklärung“ in den Zuwendungsbescheiden ersatzlos zu streichen.

Mit freundlichen Grüßen,

Name, Institution

Ort, Datum